

Pensionskasse: Die Staatsangestellten sind entschlossener denn je

**Medienmitteilung
20. Februar 2019**

Fast 4000 Personen folgten dem Aufruf der Mitgliedsorganisationen FEDE und VPOD und versammelten sich heute Abend in Freiburg, um sich Gehör zu verschaffen. Die Wut ist gross.

Der Staatsrat spielt ein gefährliches Spiel mit dem Pensionskassendossier. Während die Personalverbände zu Verhandlungen aufrufen und konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Dossiers machen, das die Zukunft aller Staatsangestellten betrifft, blieben Vorschläge von Seiten des Staatsrats bis heute aus. Stattdessen erklärte der Staatsrat, der Entwurf solle im Juni dem Grossen Rat vorgelegt und im Herbst einer Volksabstimmung unterzogen werden – was in den Augen der Personalverbände ein unrealistisches Timing ist. Dieses Vorgehen ist ein Affront gegenüber den Staatsangestellten.

Zur Erinnerung: In den vom Staatsrat vorgeschlagenen Optionen liegt dessen Beteiligung bestenfalls bei 41,8 %. Das Staatspersonal verlangt jedoch, dass er Staat als Mitverwalter der Pensionskasse 58,8 % der Übergangs- und Kompensationsmassnahmen finanziert – den Anteil, den er auch bei den Beiträgen seiner Angestellten zahlt. Die Mitgliedsverbände der FEDE brachten bereits konkrete Vorschläge ein, um sicherzustellen, dass der Staat seinen fairen Anteil an der Finanzierung übernimmt.

Keine Opfersymmetrie

Die Staatsangestellten, die heute Abend demonstrierten, sind empört, dass sie bei der Reform am meisten bluten sollen und unabhängig vom Endergebnis der Verhandlungen bei der Pensionierung viel Geld verlieren. Das Ärgerlichste für das Staatspersonal ist, dass sein Einsatz – sowohl bei der Arbeit als auch hinsichtlich seines finanziellen Beitrags – überhaupt nicht geschätzt wird: Die Staatsangestellten machten in den letzten Jahren zahlreiche Zugeständnisse und bewiesen damit ein Verantwortungsbewusstsein, an dem sich der Staatsrat ein Beispiel nehmen sollte. 2013 akzeptierte das Staatspersonal Sparmassnahmen zur Sanierung der Staatsfinanzen. Diese wurden trotz eines gesunden Finanzhaushalts des Staates nie kompensiert.

Noch grösser ist der Ärger angesichts der Tatsache, dass der Kanton Freiburg nie Rückstellungen tätigen wollte für diese Pensionskassenreform, die mehr als absehbar war. Beim Jahresabschluss 2017 setzte er keine Ertragsüberschüsse für die Rekapitalisierung ein. Das Personal kann es nicht verstehen, dass der Staatsrat kein klares politisches Signal sendet, indem er einen guten Teil möglicher künftiger Budgetüberschüsse für die Rekapitalisierung der Pensionskasse reserviert.

Der Staatsrat scheint weder faire Renten für sein Personal sichern noch ihm klare Botschaften senden zu wollen. Vor einigen Tagen meinte Georges Godel in einem Interview mit dem RTS: «Wir sind offen für eine Lösung, doch mehr einzuschliessen, das wird schwierig.» Der Staatsrat kann sich auf einen heissen Frühling gefasst machen.

Die Leistungsqualität wieder ins Zentrum der Debatte stellen

Im selben Bericht versuchte sich Georges Godel hinter der Bevölkerung des Kantons zu verstecken, indem er sagte, dass der Betrag für die Freiburger Steuerzahler akzeptabel sein müsse. Kein Verbandsmitglied ist so naiv, um diesen Aspekt der Gleichung nicht zu verstehen. Doch in dieser Gleichung hat Georges Godel ein entscheidendes Element vergessen: die Qualität des Service public.

Die Herausforderungen für die Mitarbeitenden sind natürlich gross, doch sie sind es auch für die Bevölkerung dieses Kantons. Besonders betroffen sind die Staatsangestellten, die sich der Pensionierung nähern. Unter den aktuell vom Staatsrat vorgeschlagenen Bedingungen wäre es für Angestellte in schweren Berufen – Strassenarbeiter, Krankenpflegerinnen – schlichtweg nicht mehr möglich, sich mit einer Rente frühpensionieren zu lassen, die einen anständigen Lebensstandard erlaubt.

Diese Situation ist gleichzeitig inakzeptabel und gefährlich. Viele werden sich frühzeitig pensionieren lassen, bevor das System geändert wird. Im Bildungsbereich spricht man von fast 600 Lehrpersonen, die «die Koffer packen» könnten. Das ist eine Katastrophe und ein Lehrermangel ist bereits absehbar. Andere Dienste des Kantons sind ebenfalls betroffen. Man mag sich gar nicht ausmalen, wie es mit der Motivation von Angestellten steht, die in Pension gehen wollten und nun wegen einer unausgewogenen Reform länger arbeiten müssen.

In dieser Gleichung mit vielen Unbekannten ist eines sicher: Mit dieser unklaren Situation sorgt der Staatsrat nur für Ungewissheit und Zweifel beim gesamten Staatspersonal.

Die nächste Versammlung des Staatspersonals findet am 27. Februar im Restaurant l'Escale statt. An der Versammlung wird über weitere Verteidigungsmassnahmen entschieden.

Kontakt: Gaéтан Emonet, 079 607 95 52

FEDE, boulevard de Pérolles 8, case postale 533, 1701 Fribourg | tél. 026 309 26 40 | secretariat@fedech.ch | www.fedech.ch